

Irrtum beim Service Public

Verfallen wir nicht der verführerischen Initiative „pro Service Public“, denn sie hält nicht was sie verspricht. Worum geht es? Die Initiative will unter anderem, dass die Bundesbetriebe Post, Swisscom und SBB keinen Gewinn machen dürfen. Das tönt verheissungsvoll, ist es aber nicht. Firmengewinne werden verwendet um Investitionen in die Zukunft vorzunehmen, z.B. Leistungsausbau oder Infrastrukturverbesserung. Dürfen die Betriebe keinen Gewinn mehr machen, fällt diese Finanzierungsquelle aus. Einspringen müsste wohl der Steuerzahler, was kaum in dessen Interesse ist. Zudem sollen keine Quersubventionen der Verwaltungsbereiche mehr möglich sein. Heute finden Quersubventionen statt, z.B. der SBB-Fernverkehr subventioniert den Regionalverkehr. Sollte dies in Zukunft untersagt sein, würde vor allem das Angebot des Service Public in den Randregionen abgebaut oder verteuert. Diese beiden Beispiele zeigen es: die Initiative ist unnötig, untauglich und führt zu einem Abbau des Service Public, statt das Angebot für die Bevölkerung zu verbessern. Verfallen wir nicht der verführerischen Initiative und stimmen wir Nein.

Gabriel Lüthy, Widen
Grossrat FDP